

MENSCHENRECHTSBERICHT LICHTENSTEIN 2018**ZUSAMMENFASSUNG**

Das Fürstentum Liechtenstein ist eine konstitutionelle auf einem Mehrparteiensystem basierende Erbmonarchie auf parlamentarischer Grundlage. Fürst Hans Adam II ist das offizielle Staatsoberhaupt. 2004 übernahm Erbprinz Alois die tagtäglichen Pflichten des Staatsoberhauptes und nimmt im Namen des Regenten die Amtsgeschäfte wahr. Die Abgeordneten werden von dem Einkammerparlament (Landtag) vorgeschlagen und vom Fürsten ernannt. Nach freien und fairen Parlamentswahlen im Februar 2017 bildeten fünf Minister – drei von der Fortschrittlichen Bürgerpartei und zwei von der Vaterländischen Union – eine Koalitionsregierung.

Die Sicherheitskräfte unterlagen einer wirksamen Kontrolle durch die Zivilbehörden.

Es wurden keine aussergewöhnlichen Menschenrechtsverletzungen gemeldet.

Die Regierung ergriff Massnahmen zur strafrechtlichen Verfolgung von Amtsträgern wegen Amtsmissbrauchs.

Abschnitt 1. Achtung der Integrität der Person, einschliesslich der Freiheit von:**a. Willkürlichem Lebensentzug oder anderen rechtswidrigen oder politisch motivierten Tötungen**

Es gab keine Berichte über willkürliche oder rechtswidrige Tötungen durch den Staat oder seine Vertreter.

b. Verschwinden

Es gab keine Berichte über das Verschwinden von Personen durch oder im Auftrag von staatlichen Behörden.

c. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Die Verfassung und das Gesetz verbieten diese Praktiken, und es gab keine Berichte, dass solche Praktiken von Regierungsvertretern angewandt wurden.

Zustände in Justizvollzugsanstalten

Gemäss bilateralen Abkommen mit Österreich und der Schweiz haben die Liechtensteiner Behörden ab dem 1. Januar Liechtensteiner Strafgefangene in Haftanstalten in Österreich und Strafgefangene, die ein Freilassungsverfahren durchlaufen, in Haftanstalten in der Schweiz inhaftiert. Die neuen Abkommen sind das Ergebnis eines Regierungsberichts von 2017, laut dem Liechtenstein einziges Gefängnis den internationalen Normen nicht entsprochen hat.

Personen, die sich in Untersuchungshaft befanden oder auf ihre Abschiebung warteten, waren weiterhin in Liechtensteins einzigem Gefängnis mit einer Kapazität von 20 Betten untergebracht. Da die Einrichtung für kurze Aufenthalte vorgesehen war, konnten die Behörden die Häftlinge nicht immer in verschiedene Gruppen aufteilen. Weibliche Häftlinge hatten einen eigenen Bereich mit insgesamt vier Betten. Aufgrund des Platzmangels und der meist sehr geringen Zahl jugendlicher Häftlinge brachten die Behörden Jugendliche üblicherweise im Frauentrakt unter.

d. Willkürliche Festnahme oder Inhaftierung

Die Verfassung und das Gesetz verbieten willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen und sehen das Recht jeder Person vor, die Rechtmässigkeit ihrer Festnahme oder Inhaftierung vor Gericht anzufechten, und der Staat hat diese Anforderungen im Allgemeinen eingehalten.

Die Rolle der Polizei und des Sicherheitsapparates

Die Landespolizei ist für die innere Sicherheit zuständig und ist dem Amt für Bevölkerungsschutz unterstellt. Liechtenstein hat keine Armee. Die Zivilbehörden übten die wirksame Kontrolle über die reguläre Polizei und die Hilfslandespolizei aus, und der Staat hatte wirksame Mittel zur Untersuchung und Bestrafung von Missbrauch. Es gab während des Jahres keine Berichte über Straflosigkeit im Zusammenhang mit den Sicherheitskräften.

Festnahmeverfahren und die Behandlung von Inhaftierten

Die Polizei nimmt Verdächtige fest, nachdem das Landgericht einen Haftbefehl erlassen hat. Nach dem Strafrecht muss jede festgenommene Person zum Zeitpunkt der Festnahme oder unmittelbar danach über den Grund der Festnahme informiert werden. Innerhalb von 48 Stunden nach der Festnahme muss die Polizei Ver-

dächtige einem Ermittlungsrichter vorstellen, der entweder formell Anklage erhebt oder die Freilassung des Verdächtigen anordnet. Die Behörden achteten dieses Recht. Das Gesetz erlaubt die Freilassung auf Kautions- oder der Zusage, zur Verhandlung zu erscheinen, es sei denn, dass der Ermittlungsrichter den Tatverdächtigen für gefährlich hält oder Fluchtgefahr besteht. Als Alternative zu Kautions kann Überwachung durch einen Bewährungshelfer und Einschränkung der Bewegungsfreiheit angeordnet werden. Während der Untersuchungshaft haben Verdächtige einen gesetzlichen Anspruch auf Rechtsberatung durch einen Anwalt ihrer Wahl, und die Regierung gewährte mittellosen Personen einen Anwalt auf Staatskosten. Weiterhin müssen die Behörden Festgenommene darauf aufmerksam machen, dass sie das Recht haben, einen Anwalt und ein Familienmitglied zu kontaktieren. Während der Untersuchungshaft können die Behörden Besuche überwachen, um eine Manipulation von Beweismaterial zu verhindern. Das Komitee zur Verhütung von Folter äusserte Bedenken, dass die Polizei Jugendliche einer Vernehmung unterziehen und sie auffordern können, ohne einen Anwalt oder eine Vertrauensperson aussagen zu unterzeichnen, und dass Insassen, einschliesslich Jugendlicher, zu Disziplinierungszwecken für bis zu vier Wochen in Einzelhaft gehalten werden konnten. Darüber hinaus kritisierte das Komitee die Fähigkeit der Behörden, Gespräche zwischen Inhaftierten und ihren Anwälten zu überwachen, und forderte die Regierung dazu auf, auf der Polizeistation erneut ein Register zur Aufzeichnung von Informationen über die Inhaftierung einer Person einzurichten.

e. Verweigerung einer fairen, öffentlichen Verhandlung

Das Recht und die Verfassung sehen eine unabhängige Justiz vor, und die Regierung achtete in der Regel die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz.

Prozessnormen

Die Verfassung und das Gesetz sehen das Recht auf eine faire und öffentliche Gerichtsverhandlung vor, und die unabhängige Justiz setzte dieses Recht in der Regel durch. Für Beklagte gilt die Unschuldsvermutung und sie haben das Recht, unverzüglich und umfassend über die ihnen zur Last gelegten Straftaten informiert zu werden. Verhandlungen wurden fair und zeitnah durchgeführt. Obwohl die meisten Verhandlungen öffentlich sind, gab es auch einige nicht-öffentliche Verhandlungen. Beklagte haben das Recht, an der Verhandlung teilzunehmen.

Beklagte und ihre Anwälte erhalten ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung der Verteidigung. Beklagte können, falls erforderlich, vom

Zeitpunkt der Anklage über alle Instanzen hinweg kostenlos Dolmetscher in Anspruch nehmen. Beklagte können Zeugen der Anklage zur Rede stellen und Beweismittel hinterfragen und eigene Zeugen und eigene Beweismittel vorbringen. Sie haben das Recht, die Aussage zu verweigern und müssen kein Schuldbekennnis abgeben. Verurteilte haben das Recht, Berufung einzulegen bis hin zum obersten Gerichtshof.

Politische Häftlinge

Es gab keine Berichte über politische Häftlinge.

Zivilgerichtsverfahren und Rechtsmittel

In Zivilsachen können sich Personen und Organisationen bei Menschenrechtsverletzungen an die Liechtensteiner Gerichte wenden. Sie können Urteile, bei denen es um vermeintliche Verstösse gegen die Europäische Menschenrechtskonvention geht, beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) anfechten.

f. Willkürliche oder widerrechtliche Eingriffe in Privatleben, Familie, Wohnung und Schriftverkehr

Die Verfassung und das Gesetz verbieten solche Eingriffe, und es gab keine Meldungen, dass der Staat diese Verbote nicht achtete.

Abschnitt 2. Achtung der Bürgerrechte, einschliesslich:

a. Meinungsfreiheit, auch für die Presse

Die Verfassung und das Gesetz sehen Meinungsfreiheit einschliesslich Pressefreiheit vor, und die Regierung achtete in der Regel dieses Recht. Eine unabhängige Presse und ein wirksames Justizsystem förderten in Verbindung mit einem funktionierenden demokratischen politischen System die Meinungsfreiheit, einschliesslich der Pressefreiheit.

Meinungsfreiheit: Das Gesetz verbietet öffentliche Beleidigungen, auch auf elektronischem Weg, die sich gegen eine Rasse, ein Volk oder eine ethnische Gruppe richten, und sieht bei Zuwiderhandlung eine Haftstrafe von bis zu zwei Jahren vor. Bis Ende Oktober erhoben die Behörden keine Anklagen dieser Art.

Internet-Freiheit

Es gab keine staatlichen Einschränkungen oder Unterbrechungen beim Zugang zum Internet und keine Zensur der Online-Inhalte, und es gab keine glaubwürdigen Berichte, dass der Staat ohne entsprechende rechtliche Genehmigung privaten Emailverkehr oder Internet-Chatforen überwachte. Nach Angaben der Internationalen Fernmeldeunion nutzten 2017 fast 100 % der Bevölkerung Liechtenstein das Internet.

Akademische Freiheit und kulturelle Veranstaltungen

Es gab keine staatlichen Restriktionen, welche sich auf die akademische Freiheit oder kulturelle Veranstaltungen ausgewirkt hätten.

b. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Die Verfassung und das Gesetz sehen Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit vor, und die Regierung achtete in der Regel diese Rechte.

c. Religionsfreiheit

Siehe Aussenministerium der Vereinigten Staaten, *International Religious Freedom Report* unter www.state.gov/religiousfreedomreport/.

d. Niederlassungsfreiheit

Die Verfassung und das Gesetz sehen Niederlassungsfreiheit im Inland, Reisen ins Ausland, Auswanderung und Wiedereinbürgerung vor, und die Regierung achtete in der Regel diese Rechte.

Die Regierung kooperierte mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und anderen Menschenrechtsorganisationen, um Binnenvertriebenen, Flüchtlingen, Asylsuchenden, Staatenlosen und anderen schutzbedürftigen Personen Schutz und Hilfe zu gewähren.

Schutz von Flüchtlingen

Zugang zu Asyl: Das Gesetz sieht die Gewährung des Asyl- oder Flüchtlingsstatus vor. Der Staat hat ein System zum Schutz von Flüchtlingen eingerichtet; Personen, die aus einem als „sicher“ geltenden Land einreisen, sind jedoch nicht asylberechtigt. Laut dem Gesetz haben Asylsuchende mit einem Ausweisungsbeschluss das Recht auf ein Berufungsverfahren innerhalb von fünf Tagen nach dem Urteil. Nach dem Gesetz haben Personen aus einem als „sicher“ geltenden Herkunftsland, die als nicht asylberechtigt erachtet werden, das Recht auf ein

Verfahren wegen Ablehnung des Asylantrags innerhalb von höchstens sieben Tagen.

Die Liechtensteiner Flüchtlingshilfe, eine Nichtregierungsorganisation (NGO) berichtete, dass der Zugang von Asylsuchenden zu einem angemessenen Rechtsbeistand unzureichend ist, da Asylverfahren nur teilweise durch Prozesskostenhilfe gedeckt sind. Laut der NGO gewährte der Staat weitgehend Asylbewerbern Rechtsbeistand, deren Antrag aller Wahrscheinlichkeit nach genehmigt werden würde.

Die Haftumstände waren in der Regel zufriedenstellend. Aufgrund der anhaltend hohen Belegungsrate im Flüchtlingsaufnahmecenter brachten die Behörden einige Asylsuchende nach wie vor in Wohncontainern unter.

Abschnitt 3. Achtung der politischen Rechte

Die Verfassung und das Gesetz geben Bürgern das Recht, durch regelmässige, freie und faire Wahlen in geheimer Abstimmung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts ihre Regierung zu wählen.

Als eine Erbmonarchie ist die Erbfolge des Landes auf die männlichen Nachkommen der Liechtenstein-Dynastie beschränkt.

Wahlen und politische Mitbestimmung

Die letzten Wahlen: Im Februar 2017 fanden in Liechtenstein Parlamentswahlen statt. Es gab keine Berichte über Unregelmässigkeiten.

Politische Mitbestimmung durch Frauen und Minderheiten: Es gibt keine Gesetze, welche die Mitwirkung von Frauen und Minderheiten am politischen Leben einschränken; Frauen und Minderheiten nahmen am politischen Leben teil.

Abschnitt 4. Korruption und mangelnde Transparenz in der Regierung

Das Recht sieht strafrechtliche Sanktionen vor für Bestechung, bei der Beamte beteiligt sind, und die Regierung setzte dieses Gesetz in der Regel wirksam um. Bestechung im privaten Sektor ist ebenfalls eine Straftat. Im Berichtsjahr wurden keine Korruptionsfälle in der Regierung gemeldet.

Offenlegung finanzieller Informationen: Amtsträger unterliegen keinen umfassenden Gesetzen für die Offenlegung finanzieller Informationen.

Abschnitt 5. Die Haltung der Regierung gegenüber Untersuchungen angeblicher Menschenrechtsverletzungen, die auf internationaler und Nichtregierungsebene geführt werden

Eine Reihe inländischer und internationaler Menschenrechtsgruppen agierten in der Regel ohne Einschränkungen durch die Regierung und untersuchten und veröffentlichten ihre Erkenntnisse über Menschenrechtsfälle. Die Regierung verhielt sich in der Regel kooperativ und aufgeschlossen.

Der Menschenrechtsverband von Liechtenstein (LHRA) funktionierte als selbstständiges Unternehmen, und der Staat fördere den Verband mit 350.000 Schweizer Franken (350.000 USD) jährlich. Der LHRA berät Behörden und Privatpersonen in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen, unterstützt Opfer von Menschenrechtsverletzungen, informiert die Öffentlichkeit über die Menschenrechtslage in Liechtenstein, führt Menschenrechtsuntersuchungen durch, empfiehlt Behörden und Privatpersonen geeignete Menschenrechtsmassnahmen und fördert den Dialog sowie die nationale und internationale Zusammenarbeit im Bereich Menschenrechte.

Abschnitt 6. Diskriminierung, Missbrauch durch die Gesellschaft und

Menschenhandel Frauen

Vergewaltigung und häusliche Gewalt: Vergewaltigung, einschliesslich Vergewaltigung durch Ehegatten, ist ein Straftatbestand. Das Strafmass für Vergewaltigung und sexuelle Gewalttaten beträgt ein bis 15 Jahre Freiheitsstrafe, je nach der Schwere der Gewalttat und der Erniedrigung des Opfers, 10 bis 20 Jahre Freiheitsstrafe, wenn das Opfer zu Tode kam. Der Staat klagte Personen, denen solche Straftaten zur Last gelegt wurden, wirksam an.

Das Gesetz verbietet sämtliche Formen häuslicher Gewalt und sieht gegen gewalttätige Familienmitglieder Kontaktverbote vor. Die Polizei kann einem Täter verbieten, an den Ort des Geschehens zurückzukehren. Nach dem Gesetz sind Opfer, die nach Liechtenstein ausgewandert sind und weniger als fünf Jahre mit einem Bürger verheiratet sind, verpflichtet, ihren Opferstatus oder die ausreichende Integration in die Gesellschaft von Liechtenstein nachzuweisen, um ihre aufgrund der Heirat erteilte Aufenthaltsgenehmigungen nicht zu verlieren. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellte

fest, dass das einzige Frauenhaus in Liechtenstein keine Frauen ohne Papiere, die Schutz vor Gewalt suchen, aufnehmen durfte.

Es wurden Gewalttaten gegen Frauen einschliesslich Ehegattenmissbrauchs gemeldet. 2017 hat das Frauenhaus 27 Frauen und 36 Kindern geholfen. Das Frauenhaus stellte einen Rückgang der von Behörden auferlegten Kontaktverbote fest und erklärte, dass die Betreuung von Opfern aufgrund der Tatsache, dass Opfer zunehmend unter psychischen Traumata leiden, komplexer und zeitintensiver geworden ist.

Am 8. Juni prügelte ein Mann seine Frau nach einem Besuch bei Freunden mit ihrem sieben Monate alten Kind bewusstlos. Der Fall erregte die allgemeine Aufmerksamkeit der Medien. Die Polizei verhaftete den Mann und nahm ihn in Untersuchungshaft, wo er bis zu seiner Verhandlung im Oktober blieb. Das Sozialamt nahm das Kind in seine Obhut.

Die Abteilung für Chancengleichheit innerhalb des Sozialamtes arbeitete mit verschiedenen NGOs, einschliesslich dem Frauenhaus und Infra, einer Informations- und Kontaktstelle für Frauen, bei einer Medienkampagne für die regelmässige Veröffentlichung von Artikeln in der Sonntagszeitung *Liewo* zusammen, um das Thema häusliche Gewalt ins Bewusstsein zu rücken.

Sexuelle Belästigung: Sexuelle Belästigung ist widerrechtlich und wird mit einer Geldstrafe oder einer Haftstrafe von bis zu sechs Monaten geahndet; die Regierung setzte diese Verbote wirksam durch. Stalking ist ein Straftatbestand. Der Staat sieht Mobbing am Arbeitsplatz – Druck, Schikane oder Erpressungstaktiken – ebenfalls als Straftatbestand an. 2017 verzeichnete die Landespolizei acht Fälle von sexueller Belästigung und Infra bearbeitete vier Fälle von sexueller Belästigung.

Zwang in der Bevölkerungskontrolle: Es gab keine Berichte über Zwangsabtreibungen oder unfreiwillige Sterilisation.

Diskriminierung: Frauen geniessen nach dem Gesetz die gleichen Rechte wie Männer. Laut dem LHRA und dem Women's Network (einem Dachverband der Women-Nichtregierungsorganisationen) hat der Staat das Arbeitsgesetz und das Gleichstellungsgesetz nicht immer wirksam durchgesetzt; der LHRA und das Women's Network gaben an, dass ein Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen innerhalb der Abteilung für Chancengleichheit die wirksame Durchsetzung des Gesetzes verhindert hat.

Kinder

Geburtenregistrierung: Kinder erhalten ihre Staatsbürgerschaft bei der Geburt von ihren Eltern. Jeder Elternteil kann die Staatsbürgerschaft übertragen. Ein in Liechtenstein geborenes Kind staatenloser Eltern kann die Staatsangehörigkeit erhalten, nachdem es fünf Jahre im Land gelebt hat. Kinder werden bei der Geburt registriert.

Zwangsehen und Frühehen: Das gesetzliche Mindestalter für Eheschliessungen ist 18 Jahre für Jungen und Mädchen.

Sexuelle Ausbeutung von Kindern: Das Gesetz verbietet die Prostitution Minderjähriger. Das Strafmass für die sexuelle Ausbeutung Minderjähriger umfasst ein bis 10 Jahre Freiheitsentzug. Der Besitz oder die Verbreitung von Kinderpornografie ist ein Straftatbestand; das Strafmass kann bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe betragen. 2017 verzeichnete die Landespolizei fünf Fälle von sexueller Ausbeutung von Kindern. Das gesetzliche Mindestalter für Geschlechtsverkehr mit beiderseitigem Einverständnis beträgt 14 Jahre; das Strafmass für Unzucht mit Minderjährigen umfasst eine bis 10 Jahre Freiheitsstrafe.

Internationale Kindesentführungen: Liechtenstein ist dem Haager Übereinkommen von 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung nicht beigetreten. Siehe Aussenministerium der Vereinigten Staaten, *Annual Report on International Parental Child Abduction* unter <https://travel.state.gov/content/travel/en/International-Parental-Child-Abduction/for-providers/legal-reports-and-data.html>.

Antisemitismus

Die jüdische Gemeinde bestand aus etwa 30 Personen. Es wurden keine antisemitischen Vorfälle gemeldet.

Menschenhandel

Es gab im Berichtsjahr keine bestätigten Berichte, dass Liechtenstein ein Herkunfts-, Ziel- oder Durchreiseland für Opfer von Menschenhandel war.

Menschen mit Behinderungen

Das Gesetz verbietet die Diskriminierung von Menschen mit körper-

lichen, sensorischen, intellektuellen oder geistigen Behinderungen.

Der Staat hat Gesetze und Programme, die sicherstellen sollen, dass Menschen mit Behinderungen ungehinderten Zugang zu Arbeit, Gebäuden, Informationen, zum Gesundheitswesen und Justizsystem haben, und die Kommunikation wurde nicht immer wirksam umgesetzt. Laut Gesetz müssen öffentliche Gebäude, die vor 2002 gebaut wurden, bis 2019 barrierefrei sein. Öffentliche Gebäude, die zwischen 2002 und 2007 gebaut wurden, müssen bis 2027 barrierefrei sein. Der UN-Menschenrechtsausschuss führte das Fehlen einer geeigneten Infrastruktur und geeigneter Regelungen als Gründe für den eingeschränkten Zugang von Menschen mit Behinderungen zum Arbeitsmarkt an. Das Gesetz sieht vor, dass alle öffentlichen Kindergärten und Schulen sowie alle öffentlichen Verkehrsmittel Menschen mit Behinderungen zugänglich sein müssen. Kinder mit Behinderungen konnten öffentliche Schulen oder eine sonderpädagogische Tagesschule des heilpädagogischen Zentrums des Fürstentum Liechtensteins besuchen. Laut dem Liechtensteiner Verein für Menschen mit Behinderungen waren jedoch nur ein Drittel aller öffentlichen Kindergärten und Schulen barrierefrei, und es gab einen Mangel an barrierefreien, bezahlbaren Unterkünften für Familien mit Kindern mit Behinderungen.

Gewalttaten, Diskriminierung und anderer Missbrauch aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität

Laut Gesetz ist Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung ein Straftatbestand. Darüber hinaus verbietet das Gesetz die Aufstachelung zu Hass und durch Vorurteile motivierte Straftaten aufgrund von Gender und sexueller Orientierung einer Person.

Die Liechtensteiner Gemeinschaft für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex (LSBTI) hat keine formellen Beschwerden von Missbrauch oder Diskriminierung eingereicht. Laut ECRI, erfuhren LGBTI-Studenten weiterhin Intoleranz in den Schulen; viele LGBTI-Studenten hatten erst beschlossen, sich nach ihrem Schulabschluss zu outen. LGBTI-Personen erfuhren ebenfalls Diskriminierung auf dem Wohn- und Arbeitsmarkt.

Abschnitt 7. Arbeitnehmerrechte

a. Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen

Das Gesetz gibt allen Arbeitnehmern, einschliesslich Ausländern, Hausangestellten, Landarbeitern und Angestellten des öffentlichen Sektors, das Recht,

unabhängige Gewerkschaften ihrer Wahl zu Gründen und Kollektivverhandlungen zu führen. Aus dem Gesetz geht nichts über das Streikrecht hervor, einschliesslich für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst und wesentliche Dienstleistungen. Das Gesetz verbietet weder die Diskriminierung von Gewerkschaften, noch schreibt es die Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern vor, die aufgrund von Gewerkschaftsangelegenheiten gefeuert wurden.

Der Staat setzte die einschlägigen Gesetze angemessen durch. Die Strafen in Form von Geldstrafen waren ausreichend, um vor Zuwiderhandlungen abzuschrecken. Ressourcen, Kontrollen und Wiedergutmachung waren ebenfalls angemessen und ausreichend, um als Abschreckung zu dienen.

b. Verbot von Zwangs- oder Pflichtarbeit

Die Rechtsordnung verbietet jede Form von Zwangsarbeit. Zuwiderhandlung werden unter anderem mit Haftstrafen bis zu 10 Jahren bestraft. Die Ressourcen, Kontrollen und Wiedergutmachung, einschliesslich der Strafen bei Zuwiderhandlung, waren angemessen und ausreichend, um als Abschreckung zu dienen, und es gab keine Berichte über Zwangsarbeit.

c. Verbot von Kinderarbeit und Mindestalter für Arbeitnehmer

Das Gesetz verbietet die schlimmsten Formen von Kinderarbeit, und das Mindestalter für Vollzeitbeschäftigte beträgt 16 Jahre, wobei Ausnahmen für die eingeschränkte Beschäftigung von Kindern im Alter von 14 Jahren gemacht werden können. 14- bis 16- Jährige dürfen in bestimmten Bereichen leichte Arbeiten während nicht mehr als acht Wochenstunden während des Schuljahrs und 35 Wochenstunden während der Schulferien verrichten, einschliesslich Besorgungen, Hausarbeit und Kinderbetreuung. Kinder von 15 Jahren und unter 15 Jahren dürfen für Kultur-, Kunst-, Sport und Werbeveranstaltungen eingesetzt werden. Die Arbeitszeit für Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren, die ihre Pflichtschulbildung abgeschlossen haben, darf 40 Wochenstunden nicht überschreiten. Das Gesetz verbietet Kindern unter 17 Jahren, Überstunden zu leisten und Kindern unter 18 Jahren Nacharbeit und Sonntagsarbeit zu verrichten. Das Arbeitsgesetz sieht vor, dass ein Arbeitgeber die Gesundheit von Minderjährigen in Betracht ziehen muss und ihnen am Arbeitsplatz ein angemessenes moralisches Umfeld bieten muss; das Gesetz sieht weiterhin vor, dass Arbeitgeber Minderjährige nicht überanstrengen dürfen und Kinder vor „schlechtem Einfluss“ am Arbeitsplatz schützen müssen.

Das Amt für Arbeitssicherheit im Fachbereich für Volkswirtschaft hat die Kinderarbeitsgesetze wirksam durchgesetzt und angemessene Ressourcen und Kontrollen für die Einhaltung der Kinderarbeitsrichtlinien bereitgestellt. Gesetzliche Strafen in Form von Geldstrafen oder Haftstrafen bis zu sechs Monaten waren ausreichend, um vor Zuwiderhandlung abzuschrecken. Es gab keine Berichte über illegale Kinderarbeit.

d. Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Das Gesetz verbietet Diskriminierung am Arbeitsplatz u. a. aufgrund von Geschlecht, Behinderung, Rasse, Nationalität, Alter und sexueller Orientierung. Laut dem LHRA und Nichtregierungsorganisationen hat der Staat das Gesetz nicht immer wirksam durchgesetzt.

Bei Zuwiderhandlung kann einem potenziellen oder entlassenen Mitarbeiter eine Entschädigung im Gegenwert von mindestens drei Monatsgehältern zugesprochen werden. Laut dem LHRA und Infra waren die Strafen nicht ausreichend, um vor Zuwiderhandlungen abzuschrecken. Frauen, insbesondere Migrantinnen und/oder kopftuchtragende Musliminnen, Menschen mit Behinderungen und LGBTI-Personen erfuhren am Arbeitsmarkt Diskriminierung.

Obgleich das Gesetz ausdrücklich gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit vorschreibt, erfuhren Frauen weiterhin Diskriminierung am Arbeitsplatz. Laut Infra gab es bei Beförderungen nach wie vor markante Unterschiede zwischen Männern und Frauen; Frauen waren in Positionen in den höchsten Führungsebenen in der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst stark unterrepräsentiert.

e. Akzeptable Arbeitsbedingungen

Das Gesetz gibt keinen einheitlichen Mindestlohn vor. Der Liechtensteiner Arbeitnehmerverband handelt jährlich mit der Handelskammer und der Wirtschaftskammer freiwillige Tarifvereinbarungen für die jeweiligen Branchen aus. Die Tarifverträge wurden wirksam durchgesetzt. Die Strafen waren ausreichend, um vor Zuwiderhandlungen abzuschrecken.

Das Gesetz legt eine Arbeitswoche von höchstens 45 Stunden für Büroangestellte, Mitarbeiter von Industriefirmen und Verkaufspersonal fest, und eine 48-Stundenwoche für alle anderen Arbeitnehmer. Einige Ausnahmen bezüglich der Überstundengrenzen wurden in den Krankenpflege- und medizinischen Berufen zugelassen. Die Normarbeitswoche, einschliesslich Überstunden, darf über einen Zeitraum von vier laufenden Monaten hinweg 48 Stunden nicht überschreiten.

Das Gesetz legt Arbeitsschutz- und Gesundheitsnormen fest, die für die Hauptindustrien des Landes angemessen waren. Diese Normen gelten auch für Tausende von Arbeitnehmern, die täglich aus benachbarten Ländern pendeln. Es gibt zusätzliche Sicherheitsmassnahmen für Jugendliche, Schwangere und stillende Mütter und Arbeitnehmer mit familiären Verpflichtungen. Die Verantwortung zur Erkennung gefährlicher Situation obliegt weiterhin den Experten für Sicherheit am Arbeitsplatz und nicht den Arbeitnehmern.

Der Arbeitsmarktservice im Amt für Volkswirtschaft ist für die Durchsetzung der Arbeitsgesetze zuständig. Es reichten drei Kontrolleure der Behörde aus, um die Einhaltung des Gesetzes durchzusetzen: einen Kontrolleur für Arbeitsplatzbedingungen, wie zum Beispiel Löhne, Arbeits- und Gesundheitsschutz, und zwei weitere für Baustellen oder Arbeitserlaubnisse. Sanktionen in Form von Geld- und Haftstrafen von drei bis sechs Monaten waren ausreichend, um vor Zuwiderhandlungen abzuschrecken.